

Plenum aktuell

Plenarsitzungen

25., 26. und 27. Juni 2014

Initiativen und Positionen
(Stand 25.6.2014)

Aktuelle Stunden

Gelöbnis in Mainz Grünen-Abgeordnete beleidigen Bundeswehr-Soldaten

Bereit für Recht und Freiheit einzustehen – das geloben junge Menschen, die sich entscheiden, in der Bundeswehr zu dienen. Mit ihrem Dienst schützen sie das Gemeinwesen, unsere Demokratie, den Frieden. Sie leisten auch einen unverzichtbaren Einsatz in der zivilen Katastrophenhilfe, etwa bei Hochwasser und Unwettern.

Parlamentsarmee

Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee, dem Volk verpflichtet, in der Mitte der Gesellschaft verankert. Deshalb hat sich die CDU-Fraktion 2008 im Landtag mit dafür eingesetzt, dass in jeder Legislaturperiode ein öffentliches Gelöbnis rheinland-pfälzischer Rekruten vor dem Landtagsgebäude stattfindet, als ein Zeichen der besonderen Verbindung zwischen Parlament und Bundeswehr.

Grüne demonstrieren gegen Bundeswehr

Diesen Respekt und diese Anerkennung verweigern mehrere Abgeordnete der Grünen-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag den jungen Soldaten. Sie lehnen ein öffentliches Gelöbnis auf dem Landtagsplatz

ab und sprechen von einer „Militarisierung des öffentlichen Raumes“. Gemeinsam mit der Deutschen Friedensgesellschaft und linksextremen Gruppierungen wie der DKP demonstrieren sie gegen ein öffentliches Gelöbnis und machen gemeinsame Sache mit Vereinigungen, die behaupten: „Der Soldatenberuf ist so unzeitgemäß wie der eines Henkers.“ (Zitat Homepage Deutsche Friedensgesellschaft Mainz)

Dreyer lässt Beleidigungen zu

Für die CDU-Fraktion ist das Verhalten der Grünen-Fraktion inakzeptabel und deshalb haben wir dazu eine Aktuelle Stunde beantragt.

Wir wehren uns dagegen, Bundeswehrsoldaten als Kriegstreiber zu bezeichnen. Ihnen und ihren Familien gebührt Dank, nicht Hohn und Spott, schon gar nicht von Mitgliedern einer Regierungspartei. Ministerpräsidentin Dreyer lässt es stillschweigend zu, dass ihr Koalitionspartner den Rückhalt der Bundeswehr in der Gesellschaft untergräbt. Wir fordern Frau Dreyer deshalb auf, sich öffentlich vom Verhalten der Grünen-Abgeordneten zu distanzieren.

Auf dem Rücken der Kinder

Landesregierung handelt bei der Inklusion planlos

Chaos rund um die Inklusion. Ob in Fragen der Finanzierung, Qualitätskriterien, Elternberatung, Förderpädagogik oder Schulbau-richtlinien - der rheinland-pfälzischen Landesregierung fehlen Plan und Konzept.

Rot-Grün will, dass künftig möglichst viele Kinder mit und ohne Beeinträchtigung gemeinsam lernen und spielen, in Kita und Schule. Eine Schulgesetznovelle soll Eltern das freie Schulwahlrecht zugestehen. Das bedeutet, Eltern können künftig ihr Kind auch auf weiterführende Schulen schicken, selbst wenn es nicht lesen kann.

Ehrliche Debatte

Die praktische Umsetzung dieses Bildungsexperimentes ist nicht zum Nulltarif zu haben. Deshalb hat die CDU-Fraktion hier eine ehrlliche Kostendebatte angemahnt. Soll das Wohl des einzelnen Kindes nicht gefährdet werden, fallen erhebliche Mittel für Umbauten, Personal und Integrationshelfer und für weitere zusätzliche Leistungen an.

Auf Kosten der Kommunen

Kosten, die Rot-Grün den Kommunen aufbürden will, obwohl diese in Rheinland-Pfalz längst am Ende ihrer finanziellen Möglichkeiten stehen. Die Kommunalen Verbände im Land wehren sich, zur Not wollen sie eine Verfassungsklage einreichen.

Landesregierung macht Rückzieher

Nun hat die Landesregierung kalte Füße bekommen. Sie zieht ihren Gesetzentwurf fürs erste zurück und setzt stattdessen auf Beschwichtigung. Acht Millionen Euro, einen „Inklusionsbonus“, verspricht Rot-Grün rheinland-pfälzischen Kommunen. Offenbar Geld aus dem Bildungspaket des Bundes, der die Kosten für die Ausbildungsförderung BAFöG künftig übernimmt. Jedoch ist zweifelhaft, ob die freigewordenen Bildungsmillionen überhaupt für kommunale Inklusionsaufgaben verwendet werden dürfen. Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Bettina Dickes, spricht von einer „Vollbremsung der Landesregierung in letzter Minute“. Sie kritisiert, die angekündigten acht Millionen Euro seien ohnehin nur ein Tropfen auf den heißen Stein und reichten nicht im Ansatz aus“.

Verlässlich planen

Die Leidtragenden der verfehlten Inklusionspolitik der rheinland-pfälzischen Landesregierung sind die Kinder, die einer besonderen Fürsorge bedürfen. Wir brauchen eine Inklusion, an deren Ende es jedem einzelnen Kind besser geht, keine Inklusion, die Quoten und zu viel Ideologie Vorrang vor Interessen der Förderbedürftigen einräumt. Wer Inklusion wirklich ernstnimmt, muss verlässlich und nachvollziehbar planen und für gute Rahmenbedingungen sorgen. Davon ist die Landesregierung in Rheinland-Pfalz weit entfernt.

Parlamentsanträge

Veränderungen gestalten – Chancen schaffen

Landesstrategie zum demografischen Wandel in Rheinland-Pfalz

Weniger, älter, vielfältiger - der demografische Wandel stellt Land und Leute, Politik und Wirtschaft, vor große Herausforderungen. Bis 2030 geht die rheinland-pfälzische Bevölkerung um 4,5 Prozent zurück. Jeder zweite Einwohner wird älter als 50 Jahre sein, die Zahl der Hochbetagten mit erhöhtem Pflegebedarf um fast 48 Prozent zunehmen. Demgegenüber sinkt die Zahl der Schüler in den Sekundarstufen um bis zu 28 Prozent. Gemeinden, Städte, Kreise und Regionen werden sich langfristig durch die demographischen Entwicklungen von Grund auf wandeln. Die Veränderungen betreffen alle kommunalen Bereiche, Schulen, ärztliche Versorgung, Wohnungsmarkt oder Wirtschaftsentwicklung. Der demographische Wandel wird die Kommunen sehr unterschiedlich erreichen, in der Stadt anders als auf dem Land.

Landesregierung schlecht vorbereitet

Die rheinland-pfälzische Landesregierung ist auf den demografischen Wandel schlecht vorbereitet. Zwar hat sie am 28. März 2012 eine übergreifende Strategie aller Ressorts und der Staatskanzlei angekündigt, um den demografischen Wandel in Rheinland-Pfalz zu gestalten. Doch diese fehlt nach wie vor. Vereinzelte, örtliche Aktionen oder Aktionswochen ersetzen keine Strategie.

Rheinland-Pfalz braucht eine Demografie-strategie

Angesichts der vielfältigen Auswirkungen der demografischen Veränderungen braucht unser Land eine umfassende Demografie-strategie. Daran müssen alle Akteure in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft gemeinsam arbeiten.

Chancen schaffen

Die CDU-Fraktion im Mainzer Landtag will mit ihrem Antrag einen Impuls setzen, den demographischen Wandel vor Ort aktiv zu gestalten. Wir wollen gemeinsam mit den Bürgern für unsere Dörfer, Städte und Regionen gezielt Handlungs- und Strategiekonzepte entwickeln, Wege ebnen, Hürden aus dem Weg räumen, Chancen schaffen. Deshalb haben wir in einem ersten Schritt fünf zentrale Handlungsfelder definiert.

1. Der soziale Zusammenhalt muss gesichert werden

Menschen wollen auch im Alter in vertrauter Umgebung leben. Die Anforderungen an die Betreuung und Pflege kranker, pflegebedürftiger oder behinderter Menschen wachsen. Die Infrastruktur sozialer Dienstleistungen muss mit dem demografischen Wandel Schritt halten. Zunehmender Versorgungsbedarf besteht in ländlichen Räumen. Die

Geriatrie gewinnt an Bedeutung. Die Fachkräftenachfrage hat steigende Tendenz. Das erfordert:

- Bessere Unterstützung von Familien durch flexiblere Kinderbetreuung (Tageseltern, Öffnungszeiten) und Familiengerechtigkeitsprüfungen
Förderung aktiver Bürgerschaften und Mitwirkung älterer Menschen.
- Mehr Unterstützung für ärztliche Tätigkeit (Stipendien, Telemedizin, Lehrstuhl Allgemeinmedizin), Sicherung wohnortnaher Krankenhäuser durch Kooperation.
- Landeskonzept Gesundheitsförderung, integrierte Gesundheitsplanung entwickeln.
- Weiterentwicklung der Strukturpläne zur pflegerischen Angebotsstruktur.
- Fachkräfte für die Pflege durch Zusammenarbeit mit Pflegekammer und nachhaltige Ausbildungs- und Qualifizierungsinitiative gewinnen.
- Bessere Förderung des Wohnungsbaus zur Realisierung von Wohnformen für ältere Menschen.

2. Mit Bildung muss in die Zukunft investiert werden

Nur wenn es gelingt, die Fähigkeiten der Menschen durch Bildung zu entfalten, können wir Wachstumsdynamik und Innovationskraft erhalten. Die Qualität der Bildung entscheidet darüber, wie das Land die demografische Entwicklung gestaltet. Das erfordert:

- Sicherung der Attraktivität für Erzieher- und Lehrerberuf (duale Ausbil-

dung, Verlässlichkeit bei der Einstellungspraxis).

- Wohnortnahe Schulen durch mehr Eigenverantwortung und veränderte Mindestzügigkeits- und Schülerzahlansforderungen stärken.
- Unterrichtsgarantie geben.
- Kooperation der Bildungsstätten verbessern, Personalbedarf vorausschauend analysieren, frühzeitige und praxisbezogene Berufsorientierung gewährleisten.
- Sprachförderung als Schlüssel für Integrationserfolge stärken.
- Neues Altersbildes vermitteln.

3. Wohlstand durch gute Beschäftigungspolitik sichern

Die Basis des Wohlstands wird durch Beschäftigungspolitik geschaffen. Im engen Schulterschluss mit der Wirtschaft, mit Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistung muss die Standortqualität des Landes erhöht und Beschäftigung geschaffen und gesichert werden. Das erfordert:

- Attraktivität des Landes als Unternehmens- und Beschäftigungsstandort durch beschäftigungsorientierte Standortpolitik stärken.
- Dialog mit der Wirtschaft verstärken.
- Erwerbsbeteiligung von Frauen unterstützen.
- Berufliche Eingliederung junger Menschen gezielt fördern.

- Altersgerechte Arbeitsplatzgestaltung und Arbeitsplatzmodelle ausbauen.
- Arbeitsmarktpolitik an der demografischen Entwicklung orientieren.
- Facharbeitskräfte aus In- und Ausland gewinnen, Auspendler zurückgewinnen.
- Infrastruktur durch Verkehrswege und Breitbandstrategie stärken.

4. Mit lebensfähigen Kommunen den demografischen Wandel gestalten

Die Kommunen sind der wichtigste Faktor bei der Gestaltung demographischer Entwicklung vor Ort. Sie müssen in die Lage versetzt werden, ihre eigentlichen Aufgaben zu erfüllen. Allerdings ist ihre Finanzlage dramatisch schlecht. Die Verschuldung wächst dynamisch. Es fehlt zudem eine organisatorische Vorbereitung auf den demografischen Wandel durch das Land. Das erfordert:

- Verschuldung abbauen.
- Kommunalen Finanzausgleich reformieren.
- Moratorium bei der Übertragung weiterer kostenträchtiger Aufgaben beschließen.
- Standards überprüfen, Aufgaben zurückführen.

- Kommunal- und Verwaltungsreform neu konzipieren und Funktionalreform vor Gebietsreform stellen.

5. Finanzen als Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung konsolidieren

Die Konsolidierung der Landesfinanzen ist vor dem Hintergrund der demografischen Veränderungen eine besonders dringliche Aufgabe. Nur wenn dies gelingt, kann die Handlungsfähigkeit des Staates und der Politik auch für künftige Generationen bewahrt werden. Aufgabenkritik trägt dazu bei, wenn ihr Ergebnis im Vorrang für Investitionen in Bildung, Zusammenhalt, Beschäftigung und Kommunen besteht. Das erfordert:

- Sparsamkeit verbunden mit klugen Investitionen.
- Generationengerechte Haushaltspolitik etablieren.
- Feste Schuldenabbauschritte definieren – mit dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts spätestens 2020.
- Auf erneute oder fortgesetzte Verschuldung durch gesetzliche Leistungen verzichten.
- Aufgabenkritik des Landes durchführen und auf Prestigeprojekte verzichten.
- Bildung, Zusammenhalt, Beschäftigung und Kommunen einen Investitionsvorrang einräumen.

Für den 1. FC Kaiserslautern Finanzielle Zukunft sichern

Der 1. FC Kaiserslautern - Herzensangelegenheit für Fans und Wirtschaftsfaktor für die Pfalz.

Nun drohen die finanziellen Sünden des früheren rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Beck den Traditionsverein und die Stadt Kaiserslautern wieder einmal einzuholen. Der Bund der Steuerzahler prangert Finanzströme und Subventionspraktiken rund um den Betzenberg an.

Eigentor von Kurt Beck

Ein weiteres Eigentor der Landesregierung. Das WM-Stadion reiht sich in die Liste skandalträchtiger Prestigeprojekte von Kurt Beck ein, der keine Mühe und vor allem kein Geld scheute, sich Popularität zu erkaufen. Der teure Unterhalt der politisch gewollten Event-Arena samt fragwürdiger Vertragskonstruktionen treibt heute Stadt und Verein in die Schulden. Mit Regierungschefin Dreyer und Infrastrukturminister Lewentz

sitzen die Entscheider von damals immer noch am Kabinetttisch. Den Scherbenhaufen wegräumen müssen der 1. FCK und die Stadt.

Die CDU-Fraktion setzt sich in einem Antrag dafür ein, die finanzielle Zukunft des 1. FCK zu sichern und damit dem Verein den Verbleib im Profifußball zu ermöglichen. Deshalb fordern wir:

- Klarheit über die staatlichen Beihilfen. Die Finanzierung muss auf eine europarechtlich einwandfreie Grundlage gestellt werden.
- Die Landesregierung soll die Stadt Kaiserslautern darin unterstützen, für die Fritz-Walter-Stadiongesellschaft ein wirtschaftlich sich selbst tragendes Zukunftskonzept zu entwickeln.

Asyl für Menschen in Not - Hilfe in der Heimat für die, die nicht verfolgt werden

Steiler Anstieg – es sind die höchsten Asylbewerberzahlen seit langem in Deutschland. Rund 127 000 Personen beantragten im vergangenen Jahr nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge Asyl. 2012 waren es noch 78 000. Für das laufende Jahr rechnet Bundesinnenminister de Maizière mit rund 200 000 Bewerbern, ein Großteil davon aus Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina.

Zustrom aus Serbien

Eine Entwicklung, die unter anderem mit der Aufhebung der Visumpflicht zusammen-

hängt. Serbien wird 2014 das zweitstärkste Herkunftsland aller Staaten sein, aus denen Asylbewerber kommen. Die Zahl der anerkannten Schutzbedürftigen unter den Angehörigen dieser Staaten liegt jedoch bei unter einem Prozent. Hier greift in den meisten Fällen nicht das Grundrecht auf Asyl. Das gewährt Menschen Schutz, die politisch verfolgt, also gezielten und intensiven Rechtsverletzungen ausgesetzt und aus diesem Grund gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen.

Sichere Herkunftsländer

Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina können inzwischen als sichere Herkunftsländer angesehen werden. Sie werden übereinstimmend vom Auswärtigen Amt, anderen europäischen Staaten wie Großbritannien, lokalen Menschenrechtsgruppen und auch von internationalen Organisationen wie dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen oder dem Internationalen Roten Kreuz so eingestuft. Diesem Beispiel will die Bundesregierung jetzt folgen.

Asylanträge schneller bearbeiten

Mit der geplanten Änderung können aussichtslose Asylanträge schneller bearbeitet und der Aufenthalt in Deutschland schneller beendet werden. Dies kommt denjenigen zugute, die vor Krieg und Verfolgung nach Deutschland fliehen und ebenfalls ein Recht auf eine rasche Entscheidung ihres Asylantrages haben. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung bringt zudem zahlreiche Verbesserungen für Flüchtlinge: So soll die Wartezeit für anerkannte Asylbewerber und geduldete Ausländer, nach der sie Arbeit aufnehmen können, auf drei Monate verkürzt werden.

Unterstützung für Gesetzesinitiative

Die rheinland-pfälzische CDU-Fraktion unterstützt die Gesetzesinitiative der Großen Koalition in Berlin. In unserem Antrag fordern wir die rheinland-pfälzische Landesregierung auf, gleichfalls das Vorhaben im Bundesrat zu unterstützen. „Dies ist auch ein wichtiger Schritt zur Entlastung rheinland-pfälzische Kommunen“, erklärte der Beauftragte für Integration der CDU-Landtagsfraktion, Adolf Kessel. „Eine Beschleunigung des Asylverfahrens hilft Städten und Gemeinden, die vor Ort oft große Probleme

haben, geeignete Unterkünfte bereit zustellen.“ Eine verantwortungsvolle Asylpolitik müsse auch im Blick haben, die große Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung für die Aufnahme wirklich Schutzbedürftiger zu erhalten.

Verbesserungen in Heimatländern

Die CDU-Fraktion hält jedoch durchaus die Lebenssituation der Menschen und einzelner ethnischer Gruppen in den Westbalkanstaaten für verbesserungswürdig. Im Rahmen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit müssen deshalb die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und die verbesserte Ausbildung insbesondere junger Menschen weiter gefördert werden. Die Integration von Minderheiten wird im Rahmen der Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union mit Serbien erneut an Bedeutung gewinnen.

Wir fordern die Landesregierung auf:

- Den Gesetzentwurf der Bundesregierung im Bundesrat zu unterstützen, der vorsieht, Mazedonien, Serbien sowie Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten nach dem Asylverfahrensgesetz einzustufen.
- Ihre Bemühungen zu intensivieren, im Kontakt mit Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien auf die Integration aller gesellschaftlichen Gruppen zu dringen.
- Die Anstrengungen zu intensivieren, Flüchtlingen angemessene Unterkünfte zu bieten und Integrationsmaßnahmen in Form von Spracherwerb, rasche Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Abbau bürokratischer Hürden zu verstärken.

Für eine ehrliche Mittelverwendung – Bildungsmillionen müssen bei Kindern, Schülern und Studenten ankommen.

Milliardenspende aus dem Bundeshaushalt: Ab 2015 übernimmt der Bund die Kosten für die Ausbildungsförderung BAföG komplett. Dies entlastet die Länder jährlich um 1,17 Milliarden Euro. Heißt für Rheinland-Pfalz: 35 Millionen Euro werden pro Jahr dauerhaft für Schulen und Hochschulen frei.

Eine gute Nachricht und ein großer Schritt nach vorne in der Bildungsfinanzierung. Die Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Julia Klöckner: „Das ist ein Gewinn für den Bund, für die Länder und vor allem für die Bildung!“

Für eine ehrliche Mittelverwendung

Doch setzt die rot-grüne Landesregierung die freigewordenen Millionen auch tatsächlich für mehr Bildungsqualität ein? Für zusätzliche Stellen und Investitionen in die Fort- und Weiterbildung von Lehrern und Wissenschaftlern an Hochschulen? Zweifel sind angebracht. Über einen Antrag will die CDU-Fraktion deshalb sicherstellen, dass die Gelder nicht anderweitig genutzt werden und in den zahlreichen Haushaltslöchern versickern.

Hochschulen brauchen Unterstützung

Die Grundfinanzierung der Hochschulen hat in den vergangenen Jahren mit der steigenden Nachfrage nach einem Hochschulstudium nicht annähernd Schritt gehalten. Deshalb müssen mindestens die Mittel, die aus dem Studierenden-BAföG freierwerden, in voller Höhe in die Hochschulen fließen.

Entlastung der Kommunen

Teil der neuen Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern ist auch, das Sonderver-

mögen Kinderbetreuung auf bis zu eine Mrd. Euro aufzustocken. Mit den zusätzlichen Mitteln können nun Baumaßnahmen der Kommunen im Kindertagesstättenbereich zügig angegangen werden. Auch hier will die CDU-Fraktion gewährleisten, dass die rheinland-pfälzische Landesregierung auch wirklich die Kommunen bei den Betriebskosten der Kindertagesstätten zusätzlich entlastet.

Es sind noch enorme Anstrengungen erforderlich, um Rheinland-Pfalz zu einem guten Bildungsland werden zu lassen. Deshalb sollte die Landesregierung ihre Abkehr von sozial gestaffelten Gebühren überdenken, die nicht nur einkommensschwache und kinderreiche Familien, sondern auch einkommensstarke Eltern von Gebühren befreit. Mit den so gewonnenen Mittel könnte eine Vielzahl von bildungspolitischen Baustellen geschlossen werden.

Unser Antrag zur Bildungsfinanzierung beinhaltet:

- Dem Landtag einen detaillierten Verwendungsplan über die frei werdenden Mittel, die aus der Übernahme der Bafög-Aufwendungen durch den Bund stammen, vorzulegen.
- Diese Mittel ausschließlich für zusätzliche Qualitätsverbesserungen in Schule und Hochschule einzusetzen und dabei eine besondere Priorität in die Verbesserung von Lehre und Forschung an den Hochschulen sowie den berufsbildenden Schulen einzuräumen.
- Jährlich dem Landtag einen Verwendungsnachweis über die frei werden-

- den Mittel, die aus der Übernahme der Bafög-Aufwendungen durch den Bund stammen, vorzulegen.
- Die zusätzlichen Bundesmittel zum Ausbau der frühkindlichen Betreuung dafür zu nutzen, die Bewilligungen der laufenden Anträge zu beschleunigen.
- Die bisherigen Umsatzsteueranteile zur Deckung der Betriebskosten an Kindertagesstätten seit 2007 transparent auszuweisen.
- Die zusätzlichen Umsatzsteuermittel ungeschmälert und transparent an die Kommunen zur Entlastung bei den Betriebskosten weiterzuleiten.

Zu Hause wählen können – Eine Initiative für mehr Bürgernähe

„Stress“ in der Wahlkabine: Warteschlangen, etliche Zettel, zig Namen, kumulieren, panschieren. Das Verfahren bei Kommunalwahlen ist extrem kompliziert. Viele Wähler sind auf die Schnelle überfordert und abgegebene Stimmzettel ungültig. Wenn Ortsvorsteher, Gemeinde-, Stadträte und Kreistage zur Wahl stehen, gehen immer weniger Bürger an die Urne. Die Wahlbeteiligung sinkt flächendeckend, vor allem auf kommunaler Ebene, wie die jüngsten Kommunal- und Bürgermeisterwahlen erneut gezeigt haben. In manchen Städten lag die Wahlbeteiligung nicht einmal bei dreißig Prozent.

Unterlagen in Ruhe sichern

Vor diesem Hintergrund macht sich die CDU-Fraktion für eine Änderung des Kommunalwahlgesetzes stark. Wir plädieren für das „Wählen zu Hause“, in aller Ruhe in den eigenen vier Wänden. Wählerinnen und Wähler hätten mehr Zeit, die Unterlagen zu sichten und zu überlegen, wem sie ihre Stimme geben. Natürlich bleibt es ihnen un-

benommen, auch erst im Wahllokal abzustimmen.

Beispiel Baden-Württemberg

Die Stimmzettel sollten spätestens drei Tage vor dem Wahltag automatisch zugestellt werden. Rheinland-Pfalz würde damit dem Beispiel Baden-Württembergs folgen. Hier ist es seit Jahrzehnten üblich, die Stimmzettel vorab nach Hause zu schicken. Das erleichtert die Stimmabgabe erheblich, besonders älteren Mitbürgern oder Erstwählern.

Kein Missbrauch

Bedenken, dass es zu Missbrauch bei der erleichterten Wahlhandlung kommen könnte, widerlegt das Beispiel Baden-Württemberg. Dortige langjährige Erfahrungen mit der Versendung von Stimmzetteln vor der Wahlhandlung haben gezeigt, dass es zu keinem Anstieg des Missbrauchs gekommen ist.

Mündliche Anfragen

Kommunalbericht 2014 des Rechnungshofes Rheinland-Pfalz

(Anke Beilstein, MdL und Bernhard Henter, MdL)

- 1) Wie erklärt sich die Landesregierung die im Kommunalbericht 2014 des Rechnungshofs festgestellte Tatsache, dass nur in Rheinland-Pfalz die Kommunen über mehr als zwei Jahrzehnte selbst in Jahren mit vergleichsweise hohen Einnahmen durchgängig Finanzierungsdefizite aufweisen?
- 2) Wie beurteilt die Landesregierung die gleichfalls festgestellte Tatsache, dass die Schulden der Kommunen in Rheinland-Pfalz mit 9,7% im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt fast doppelt so hoch sind als im Durchschnitt der Bundesländer?
- 3) Wie erklärt sich die Landesregierung die Feststellung des Rechnungshofes, dass bisher mithilfe des Kommunalen Entschuldungsfonds keine Verringerung der kommunalen Schuldenlast erreicht werden konnte?
- 4) Wie beurteilt die Landesregierung rechtlich und finanzwirtschaftlich das nochmals um fast 100 Millionen Euro gestiegene Ausmaß der kommunalen Liquiditätskredite von 6,225 Milliarden Euro zum Ende des Jahres 2013?

Entwicklung der Zahl der Wohnungseinbrüche in Rheinland-Pfalz

(Matthias Lammert, MdL)

1. Wie hat sich die Zahl der Wohnungseinbrüche in Rheinland-Pfalz im Vergleich der Jahre 2009 bis 2013 entwickelt?
2. Wie stellt sich die Entwicklung in diesem Bereich in Rheinland-Pfalz im Vergleich zum Bundestrend dar?
3. Wie hat sich die Zahl der Wohnungseinbrüche im Vergleich der Jahre 2009 bis 2013 im Bereich des Polizeipräsidiums Trier entwickelt?
4. Sind für den Bereich des Polizeipräsidiums Trier personelle Verstärkungen geplant?

Zusätzliche Bundesmittel für den Kindertagesstättenbereich

(Simone Huth-Haage, MdL und Hedi Thelen, MdL)

1. Inwieweit wird die Landesregierung die zusätzlichen Bundesmittel nutzen, um die Antragsbescheide, auf Investitionszuschüsse für Kindertagesstätten, früher zu bewilligen als bisher geplant?
2. Wie viele der Anträge auf zusätzliche Betreuungsplätze, die bisher nicht bewilligungsreif sind, sind nach Ansicht der Landesregierung fehlerhaft?
3. Auf welchem Weg hat die Landesregierung bisher die erhöhten Umsatzsteueranteile zur Entlastung von den Betriebskosten an die Kommunen und Träger weitergeleitet?
4. Wie wird die Landesregierung mit den zusätzlichen Umsatzsteueranteilen verfahren?

EU-Beihilfeverfahren zum Nürburgring

(Julia Klöckner, MdL und Alexander Licht, MdL)

Folgen der Übernahme von Westwall-Anlagen durch das Land Rheinland-Pfalz

(Thomas Weiner, MdL und Gerd Schreiner, MdL)

Neuregelung der Sommerferien an den Schulen

(Martin Brandl, MdL und Simone Huth-Haage, MdL)

Weiterentwicklung des Landesaktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

(Hedi Thelen, MdL und Gabriele Wieland, MdL)

Haltung der Landesregierung zur Reform des EEG

(Norbert Mittrücker, MdL)

Haltung der Landesregierung zum Entwurf des neuen Bundesverkehrswegeplans

(Alexander Licht, MdL)

Fallzuweisungen an Täterarbeitseinrichtungen (TAE) durch Justizbehörden bei Gewalt in engen sozialen Beziehungen

(Dr. Axel Wilke, MdL)

Haushaltsabschluss 2013

(Gerd Schreiner, MdL und Dr. Adolf Weiland, MdL)

Irritationen durch die Neuregelung der Abiturprüfungen

(Marion Scheid, MdL und Brigitte Hayn, MdL)

Geplante Einstellungen im rheinland-pfälzischen Schuldienst

(Bettina Dickes, MdL und Guido Ernst, MdL)